

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Band: 85 (1988)

Heft: 8

Artikel: Armut in der Schweiz : gibt es das?

Autor: Anex, Daniel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838638>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Armut in der Schweiz – gibt es das?

Unser Vorstandsmitglied Daniel Anex, Vorsteher des kantonalen Fürsorgeamtes Liestal, stellt die provokative Frage: «Armut in der Schweiz – gibt es das?» Seine Antwort zeugt von persönlichem Engagement und von Mut, in der ganzen Diskussion um die sogenannte neue Armut auch eine nonkonforme Meinung zu vertreten.

p. sch.

Das Thema Armut ist in den letzten Jahren in der Schweiz zunehmend aktualisiert und in vielfältiger Form ausgeleuchtet und untersucht worden. In verschiedenen Kantonen wurden analytische Erhebungen aufgrund der Einkommensstrukturen der Bevölkerung durchgeführt, die zum Teil erschreckende Ziffern hervorgebracht haben. So wird behauptet, dass 420 000 Menschen in der Schweiz unter dem Existenzminimum leben sollen. Man spricht bei den Hauptursachen von Arbeitslosigkeit, schlechter Ausbildung, Invalidität und Suchtabhängigkeit. Ganz allgemein sollen Frauen und junge Mütter mehr gefährdet sein, man spricht hier schon von einer «Feminisierung» der Armut.

Das Schweizer Fernsehen widmete diesem Thema im letzten Jahr mehrere Sendungen. Landauf, landab wurden Symposien, vorab in linksorientierten Parteien und Organisationen durchgeführt. Sie fanden allerdings kein breites Echo. Auch im Kanton Basel-Landschaft wurde durch die National- und Landrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer ein Postulat für die Durchführung einer Analyse der Armutsverhältnisse im Kanton eingereicht, wobei sie darauf hinwies, dass soeben der Kanton Bern eine solche in Auftrag gegeben und einen Projektierungskredit von Fr. 200 000.– bewilligt habe. Eine Arbeitsgruppe der SKöF hat den Auftrag, Massnahmen zur Beurteilung der konkreten Situation in unserem Land aufzuzeigen. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen.

- Die Schlussfolgerungen aus den vorliegenden Erhebungen und Symposien – ohne jene der SKöF – münden darin, dass – ich zitiere aus der Presse:
- seit Mitte der 70er Jahre der Index der Realeinkommen fast gleich blieb, während sich die Gewinne der schweizerischen Aktiengesellschaften um 134% erhöht haben sollen,
 - das persönlich verfügbare Nettoeinkommen in Basel durchschnittlich Fr. 23 000.– pro Kopf, im oberen Baselbiet aber nur 14 000.– betragen soll,
 - die Armut viel mit dem Reichtum der andern zu tun habe,
 - die gewinnträchtige Boden- und Häuserspekulation für hohe Preise und zunehmende Obdachlosigkeit von Jugendlichen Sorge, die sich keine der freien, mehrheitlich teuren Appartements leisten können und ohne festen Wohnsitz kaum Arbeit fänden,
 - die Wohnungsmisere von den 78 000 Alleinerziehenden insbesondere die Mütter betreffe,
 - die Frauen ohnehin rund $\frac{1}{3}$ weniger verdienen als Männer,
 - die zunehmende Armut über 100 000 Personen im Kindes- und Erwerbsalter betreffe,

- zunehmend auch Teile der erwerbstätigen Bevölkerung dem «systemimmanenten Zwangsbedarf» und Konsumdruck unterlägen und verarmen und
- um hier mithalten zu können, würden vermehrt Kleinkredite aufgenommen, was zu Kettenverschuldungen bis zur Fürsorgeabhängigkeit führen könne,
- nur etwa 50% der Ausgesteuerten den Schritt zum Fürsorgeamt oder zu den Notstandsprogrammen der Arbeitsämter wagten. Die andere Hälfte versuche, sich eher schlecht als recht mit Hilfe von Verwandten, Kleinkrediten oder Gelegenheitsjobs über Wasser zu halten.

Diese Liste von solchen pauschalisierenden, in letzter Zeit in der Presse veröffentlichten Thesen, die sehr oft jeglicher fundierter Grundlage entbehren, ist nicht abschliessend.

Aus diesen Thesen lässt sich eine allgemeine Stossrichtung auf der sozialpolitischen Ebene ausmachen. Sie enthält zwei Komponenten:

- a) die Forderung nach einer generellen Verbesserung der materiellen Sozialleistungen im Giesskannenprinzip, z.B.: die Ergänzungsleistungen auf alle in der Schweiz wohnhaften Menschen auszudehnen und dafür neue Quellen wie eine Energie-, Dienstleistungs- und Rationalisierungssteuer zu erschliessen.
- b) Verstärkung bzw. Neueinrichtung der Beratungs- und Betreuungsinstitutionen von Fürsorgebehörden und Hilfswerken, Verstärkung der Anstrengungen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen usw.

Es ist richtig, dass die aufgelisteten Probleme in unserer Gesellschaft vorhanden sind. Ob sie allerdings in diesem Ausmass bestehen, lässt sich nur sehr schwer ermitteln. Immerhin muss zu den angedeuteten und geforderten Massnahmen die Frage der Gewichtung gestellt werden. Mir scheint, dass die Anstrengungen in Zukunft weniger bei der Verstärkung von materiellen Sozialleistungen im Sinne von kostspieligen Trostpflastertherapien als vielmehr Massnahmen in den immateriellen Bereichen unternommen werden müssen. Ich bin der Auffassung, dass heute das soziale Netz im materiellen Bereich durchaus genügt. Wir können es nicht verdichten, nur weil es in unserer Gesellschaft Menschen gibt, die sich mit relativer Armut abfinden und manchmal zu stolz sind, Sozialleistungen zu beanspruchen. Hier sei vermerkt, dass die Zahl dieser Menschen zunehmend sinkt und sich im materiellen Bereich – nicht zuletzt aufgrund der Gesetzgebung – gegenüber allen Sozialleistungsträgern mehr und mehr Anspruchshaltungen entwickeln.

Ich wage die Behauptung, dass bei korrekter Gesetzeshandhabung durch Behörden und Institutionen in der Schweiz keine materielle Armut mehr möglich ist, sofern diese nicht von Armen bewusst selbst gewollt ist.

Wenn man allerdings selbst in Sozialarbeiterkreisen alle jene Personen, welche öffentliche Fürsorgeleistungen wegen materieller Not erhalten, zu den Armen zählt, disqualifiziert man diesen Teil des sozialen Netzes. Dann allerdings haben wir viele – nicht nur materielle – arme Leute!

Es ist in der Tat der immaterielle Sozialbereich unserer Gesellschaft, der heute unserer verstärkten Aufmerksamkeit bedarf. Nur: auch hier fragt es

sich, auf welche Art und Weise dieser Bereich anzupacken ist. Und hier treten nun die Probleme offen zutage.

Keine Patentrezepte

Weder Sozialorganisationen, Behörden noch politische Parteien haben Patentrezepte gefunden, weil es natürlich ausserordentlich schwierig ist, gewissen Entwicklungen in unserer modernen Gesellschaft während der letzten 40–50 Jahre ins Gesicht zu schauen oder diese gar echt verändern zu wollen. Wir sollten erkennen, dass die heute oft als «neue Armut» bezeichneten Erscheinungen in der Entwicklung der moralischen und ethischen Werte unserer Gesellschaft zu suchen sind.

Unbequeme Fragen

- Haben wir bei den zahlreichen Verbesserungen unserer sozialen Gesetzgebung allzusehr darauf gebaut, dass durch materiellen Wohlstand automatisch auch das geistige und gesellschaftliche Wohlbefinden unserer Bevölkerung gesteigert wird?
- Ist etwa mit der Erhaltung des Arbeitsfriedens in der Schweiz durch materielle Gutstellung und eine Vielzahl qualitativer Wohlstandsfaktoren gleichzeitig die Unbekümmertheit des Individuums gegenüber politischen und sozialen Verpflichtungen verstärkt worden?
- Wurde nicht in allen Schichten unserer Bevölkerung durch materiellen Wohlstand der Drang nach noch mehr Luxus, ja gar Anspruch auf alle modernen Möglichkeiten (Ferien in der Karibik, Freiheit in der Freizeit), die Unbekümmertheit gegenüber kommunalgesellschaftlichen Verpflichtungen extrem verstärkt?
- Ist die stetig steigende Scheidungsrate nicht seit langem ein Indiz für den Zerfall der Familie und als Folge daraus eine Veränderung der moralischen Werthaltung unserer Kinder impliziert?
- Ist etwa mit den antiautoritären Erziehungstheorien ein Teil der edukativen Verantwortung sowohl von Eltern und Pädagogen als auch Aufsichtsorganen vernachlässigt worden?
- Wurden vielleicht die verfassungsmässigen Bestimmungen zur Eigenverantwortung und gesellschaftlichen Pflicht in den letzten Jahren durch Nachgiebigkeit, Gleichgültigkeit und Gerichtspraxis vernachlässigt?
- Wurde nicht selbst die Arbeit und das Streben nach Wohlstand – den wir ja erarbeiten müssen – in gewissen Kreisen als unbequemes, ja verwerfliches Übel und als Behinderung unserer persönlichen Entfaltung verteufelt?
- Dulden heute nicht sowohl Erzieher als auch deren Aufsichtsorgane über lange Zeit Fehlentwicklungen von Kindern, weil man es nicht wagt, die Eltern auf ihre erzieherische Verantwortung hinzuweisen oder gar Sanktionen zu ergreifen?
- Ist es nicht längst Mode geworden, dass junge Leute in ihrem Freiheitsdrang schon früh aus dem Familienverband ausbrechen, unbekümmert darum, ob sie ihre persönliche Freiheit auch materiell tragen können?

- Wurde es beispielsweise nicht Selbstverständlichkeit, dass der Staat die Pflichten säumiger Alimentenschuldner durch Bevorschussung der Kinderalimente übernimmt?
- Wurde es nicht mehr und mehr üblich, dass bei materiellen Notlagen nicht zuerst die gesetzliche Unterhaltspflicht von Eltern, Geschwistern oder umgekehrt der Kinder gegenüber den Eltern, sondern die öffentliche Fürsorge in Anspruch genommen wird?
- Hat nicht der Datenschutz und der Persönlichkeitsschutz dazu geführt, dass Aufsichtsorgane und staatliche Kontrollinstanzen am kürzeren Hebel sitzen?
- Wird heute nicht unter Ausnützung der grünen Umweltschutzwelle die Arbeit, die wirtschaftliche Entwicklung verteufelt und das Funktionieren der privaten und staatlichen Organisation erheblich gestört?

Die Zahl solcher Fragen liesse sich beliebig erweitern. Die darin enthaltenen Feststellungen lassen sich durch Beispiele verdeutlichen. Die Aufzählung mag zeigen, in welcher Richtung die zukünftigen Bestrebungen zur Bekämpfung von Armut gehen sollten. Aus meinen Fragen werden wir feststellen können, dass die Armut unserer Gesellschaft eindeutig in der Verkümmern von soziokulturellen und moralischen Werten zu suchen ist. Wenn in einem Titel festgestellt wird, dass «Armut oft nicht selbstverschuldet» ist, trifft dies wohl zu. Sie aber zu bewältigen bedarf konkreter Anstrengungen auf moralischer und gesellschaftlicher Ebene. Dazu gehört die Erkenntnis, dass Wohlstand nur durch Arbeit gesichert werden kann. Dazu gehört auch, dass weitere Werte auf zwischenmenschlicher Ebene in Familie, Betrieb und Gesellschaft wieder stärker gefördert und gepflegt werden. Dies allerdings wird viele Erkenntnisse, Einsichten und Anstrengungen erfordern. Wenn diese Voraussetzungen verstärkt werden können, werden Menschen, die ungewollt in Not geraten sind, vor dauernder Armut bewahrt oder aber vom bestehenden sozialen Netz getragen werden können.

In einem Staat, in welchem das soziale Netz nicht durch den Ertrag aus der Arbeit gesichert ist, sind alle Anstrengungen zur Verhinderung von Armut Utopie. Dieses Netz ist in unserem Lande – noch – tragfähig. Wir werden uns jedoch anstrengen müssen, die Werte von Arbeit und Wohlstand zur Sicherung dieses Netzes den heutigen Forderungen und Anstrengungen zur Erhaltung und Rückgewinnung einer gesunden Umwelt gleichzustellen.

Ein Referent erklärte anlässlich der Abschlussfeier einer Führungsschule, dass eine gesunde Wirtschaft nur in einer gesunden Umwelt möglich ist. Dem wäre beizufügen, dass eine gesunde Umwelt nur durch eine tatkräftige, leistungswillige und selbstverantwortungsbewusste Gesellschaft erhalten werden kann. Einer Gesellschaft, in der alle den Begriff der Menschenwürde kennen und leben.